

## “Lo llaman democracia y no lo es” Eine demokratietheoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

Im Verlauf der vergangenen Monate hat sich weltweit eine Reihe von gesellschaftlichen Aufständen ereignet, die zusehends ins Zentrum der medialen und politischen Öffentlichkeit gerückt ist. Während sich dabei die spanische ‘Bewegung des 15. Mai’ [spanisch: ‘*movimiento 15-M*’] zur symbolischen Referenz für andere Proteste entwickelt hat, z.B. die seit September 2011 organisierten Protestcamps von *Occupy Wall Street*, ist diese in symbolischer Hinsicht stark von den griechischen und nordafrikanischen Revolten beeinflusst. Die Bewegung des 15. Mai entsteht im Frühjahr 2011 als Antwort auf die im Zuge der Wirtschaftskrise implementierten politischen Programme zur Strukturanpassung und Haushaltskonsolidierung. Es handelt sich um eine soziale Protestbewegung, welche sich gegen die offensichtlichen Konsequenzen der Krise richtet und diese als eine Gelegenheit zur Formulierung politischer Alternativen begreift. In den Monaten von Mai bis Dezember, welche Gegenstand unserer Analyse sind, mobilisierten die Proteste hunderttausende Bürger im gesamten Staat und machten das *movimiento 15-M* zur bedeutendsten sozialen Bewegung, die Spanien seit dem in den 1970er Jahren erfolgten politischen Übergang von der Diktatur Francos zur heutigen Demokratie erlebte. Die Bewegung brachte zwei zentrale Ideen zum Ausdruck:

---

1 Dieser Beitrag entstand im Rahmen des von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojekts *NEOLIBERAL\_CITI: Re-framing urban neoliberalism and neo-liberal citizenship – Enactments of resistance and practices of protest* (PERG-08-GA-2010-277115). Der spanische Titel des Textes „lo llaman democracia y no lo es“ bedeutet in sinngemäßer Übersetzung „Sie nennen es Demokratie – und das ist es nicht!“. Bei diesem Satz handelt es sich um einen der am häufigsten wiederholten Slogans, der während der unzähligen, von der Bewegung des 15. Mai organisierten Demonstrationen gerufen und gesungen wurde.

a) Eine Kritik an der 'Demokratie', die hinsichtlich Legitimation und Partizipation als unzureichend wahrgenommen und von den '*indignados*'<sup>2</sup> [die 'Empörten'] als ein abgeschottetes und die existierende soziale und politische Diversität verzerrendes Zweiparteiensystem aufgefasst wird. Hinzu kommt die Verurteilung eines von den politischen Eliten gesteuerten und von zahlreichen Korruptionsvorwürfen gegen öffentliche Mandatsträger diskreditierten politischen Systems.

b) Eine Kritik des ökonomischen Wachstumsmodells, das Spanien bei Kennziffern wie der Wohlstandsverteilung am unteren Ende der EU platziert, mit einer tertiarierten und vom Finanzsektor dominierten Ökonomie sowie einem von wachsender Prekarisierung geprägten Arbeitsmarkt, auf dem niedrige Löhne und befristete Arbeitsverhältnisse mit einer enormen Bereicherung einiger sozialer Akteure einher gehen. Zudem werden die von der Regierung nach Maßgabe der europäischen Institutionen beschlossenen strukturellen Anpassungsmaßnahmen, die auf die Reduzierung sozialer Leistungen und Ansprüche hinauslaufen, kritisiert.

Anhand dieser beiden Elemente wird im folgenden eine konzeptionelle Perspektive entwickelt, in welcher der Platz der *Puerta del Sol*<sup>3</sup> und das Protestcamp als radikal-demokratischer öffentlicher Raum der gewöhnlichen formal-demokratischen Öffentlichkeit gegenübergestellt werden – einer Öffentlichkeit, die sich im Normalfall weder in öffentlichen Räumen konstituiert, noch mit den Meinungen der Bürger abgleicht, sondern ihre eigenen, vor möglichen Konflikten geschützten Orte zur Verwaltung des Gemeinguts geschaffen hat (vgl. Espinar 2012).

## 2. Wer? Wo? Wie? Wann? – Eine Charakterisierung der Bewegung des 15. Mai

Praktisch ohne jegliche öffentliche Vorwarnung und Einbindung traditioneller Organisationen, die über Kanäle zur Mobilisierung großer gesellschaftlicher Gruppen verfügen, füllten sich am 15. Mai 2011 die spanischen Straßen und Plätze insbesondere der großen Städte mit empörten Bürgern, die mit einem vergleichsweise diffus artikulierten Diskurs die politischen Maßnahmen zur Krisenbewältigung ablehnten, den fortschreitenden Verlust gesellschaftlichen Wohlstands anprangerten und dafür die politischen und wirtschaftlichen Eliten des

---

2 Die Aktivisten des *15-M* werden im spanischen Mediendiskurs in Anlehnung an das von Stéphane Hessel veröffentlichte und in spanischer Sprache '¡Indignados!' betitelte Buch „Empört Euch!“ regelmäßig als *indignados* bezeichnet.

3 Die *Puerta del Sol* ist der zentrale städtische Platz in Madrid, Sitz der Regionalregierung und der Ort, an dem im Mai und Juni 2011 die Aktivisten des 15. Mai kampierten.

Landes verantwortlich machten. An diesem Nachmittag setzte die Entwicklung einer pluralen und in weiten Teilen der Gesellschaft verankerten Protestbewegung ein, die zunächst das Unbehagen von drei Gruppen symbolisch artikulierte: der prekarierten Jugend, die erstmals seit dem Ende des spanischen Bürgerkriegs objektiv schlechtere Lebensbedingungen erwartet als ihre Elterngeneration; der Arbeitslosen, die weit mehr als 20 Prozent der aktiven Bevölkerung ausmachen und denen sukzessive empfindliche Leistungskürzungen zugemutet werden; sowie der von Zwangsräumungen betroffenen Personen und Familien, deren Zahl im Zuge der Wirtschaftskrise sprunghaft anstieg und die in vielen Fällen auch nach dem Verlust ihres Eigenheims weiter ihre Bankschulden abtragen müssen<sup>4</sup>. Doch schnell schlossen sich weitere Protestbewegungen gegen die fortschreitenden Kürzungen der öffentlichen Haushalte an, so z.B. in der Region Madrid die aufgrund ihrer grünen T-Shirts als 'grüne Flut' bezeichneten Streikenden im öffentlichen Bildungssystem oder in Katalonien die Bewegung gegen die Schließung von öffentlichen Gesundheitszentren. Die Proteste einte ein innovatives Repertoire an gemeinsamen Aktionen, in denen eine gemeinsame Sensibilität gegenüber den gesellschaftlichen Problemen sowie die vom *movimiento 15-M* salonfähig gemachte öffentliche Ablehnung jener 'Zeche', die von den gesellschaftlichen Mehrheiten für die Wirtschaftskrise gezahlt werden muss, zum Ausdruck kam. In ähnlicher Weise, wenngleich weniger sichtbar und in unterschiedlicher Intensität, erfolgte die Kommunikation und Verschränkung mit anderen sozialen Bewegungen (z.B. den Gewerkschaften<sup>5</sup>, der Bewegung für Religionsfreiheit und Laizismus, den studentischen Bewegungen<sup>6</sup>, dem Feminismus, den Initiativen zum Schutz von

- 
- 4 Die massiv gestiegene Arbeitslosigkeit hat die Zahlungsunfähigkeit einer rasch zunehmenden Zahl von Privathaushalten nach sich gezogen, die in aller Regel zur Zwangsäumung und -versteigerung ihrer Wohnimmobilien führt. Dabei ist im spanischen Hypothekenrecht die Übertragung einer Immobilie an die Bank bzw. die Zwangsversteigerung nicht mit der Stornierung des Kredits verbunden, sondern es werden lediglich 60 Prozent des aktuellen Buchwerts der Immobilie von der laufenden Kreditsumme abgezogen. Aufgrund des seit Ende 2007 anhaltenden Preisverfalls von Wohnimmobilien deckt diese Summe in der Regel nicht mehr den vollen Kredit, weshalb viele säumige Schuldner auch nach dem Verlust ihrer Wohnung verschuldet bleiben. Ein überproportional hoher Anteil der Zwangsenteignungen erfolgt in ohnehin schon benachteiligten Wohnvierteln.
  - 5 Unter anderem wurden gemeinsame Demonstrationen zwischen dem *movimiento 15-M* und der anarchistischen Gewerkschaftsbewegung organisiert, z.B. am 29. September und 27. November.
  - 6 Die Studentenbewegung war aktiv in die Vorbereitung der Demonstrationen des 15. Oktober involviert und rief am 17. November zu einem Bildungsstreik auf, um gegen die neoliberalen Universitätsreformen zu protestieren und die öffentliche Universitätsausbildung zu verteidigen.

Migranten mit irregulärem Aufenthaltsstatus<sup>7</sup>). So entwickelte sich im Verlauf der vergangenen Monate ein vielschichtiges soziales Subjekt, das unterschiedliche soziale Sektoren mit umfangreichen Forderungen durch die Konstruktion eines durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten verkörperten gemeinsamen Gegners vereint. Außerdem gelang es der Bewegung unter dem Einbezug sozialer Medien und neuer Technologien eine alternative Öffentlichkeit zur *mass self-communication* aufzubauen, deren Kommunikationsformen sich radikal von den durch parteipolitische und/oder wirtschaftliche Interessen geprägten traditionellen Medien unterscheiden und deren *network-making power* brechen (Castells 2009).

Trotz aller Komplexität und der Abwesenheit einer gemeinsamen diskursiven Verortung der Zielsetzungen und Forderungen, auf die noch eingegangen wird, kann man einige allgegenwärtige Ausdrucksformen benennen, welche die Bewegung charakterisieren:

1. Der Kampf gegen die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitswelt, insbesondere gegen die ausufernde Jugendarbeitslosigkeit und befristete Arbeitsverhältnisse. Im Zuge der Wirtschaftskrise hat die Jugendarbeitslosigkeit einen Rekordwert von 48 Prozent erreicht, während unbefristete Arbeitsverhältnisse nur noch eine Randerscheinung des Arbeitsmarktes darstellen – Tatsachen, welche die Herausbildung 'prekärer' Subjektivitäten befördern.
2. Der Kampf um das Recht auf eine würdige Wohnung, der sich am Unbehagen über die spektakuläre Zunahme von Zwangsräumungen und die hohen Immobilien- und Mietpreise festmacht. Die Besonderheit der spanischen Krise, die eng mit der zuvor geschaffenen Immobilienblase und einer ausufernden, teils gegen EU-Bestimmungen verstoßenden Immobilienspekulation zusammenhängt (Janoschka 2009), ist von den Protesten anhand der Klage gegen übertrieben hohe Mieten bei gleichzeitigem hohem Leerstand (Rodríguez/López 2011) thematisiert worden.
3. Die Forderung nach einer höheren Besteuerung und Kontrolle der Gewinne von Banken und transnational agierenden spanischen Konzernen sowie einer Finanztransaktionssteuer als Maßnahme zur Regulierung eines Wirtschafts-

---

7 Zwischen Aktivisten der Bewegung des 15. Mai und Gruppen, die in der Aufstellung von so genannten 'Brigaden' zum Schutz der Menschenrechte aktiv sind und die Achtung der Menschenrechte von Migranten einfordern, die Rechtsbrüche der Polizei und anderer staatlicher Akteure anprangern sowie die Schließung der überfüllten und in katastrophalen sanitären Zuständen befindlichen Abschiebegefängnisse verlangen, bestehen enge Kontakte. Im Zuge dieser Kooperation erfolgten unter anderem gemeinsame Aktionen gegen illegale Razzien und Passkontrollen (vgl. hierzu Janoschka 2012).

zweiges, dessen Handeln als fundamentale Ursache der gegenwärtigen Krise beurteilt wird.

4. Die Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere des Gesundheits- und Bildungssystems, die aufgrund der vom spanischen Staat gegenüber der EU eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung des staatlichen Finanzierungsbedarfs sowie der krisenbedingt zurückgehenden Steuereinnahmen unter hohem Spardruck stehen.
5. Die Forderung nach der Einführung neuer partizipativer demokratischer Ansätze der Entscheidungsfindung (z.B. Referenden), stärkeren Maßnahmen der Kontrolle politischer Repräsentanten sowie die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, da das alte aufgrund seiner Resultate bezüglich der Proportionalität zwischen Wahlstimmen und Parlamentssitzen als ungerecht bewertet wird.

Während ihrer mehr als sechsmonatigen Existenz hat die Bewegung des 15. Mai sowohl in ihren Protestpraktiken als auch diskursiv erhebliche Veränderungen und Entwicklungen erlebt, von denen viele aus den in zahllosen Arbeitsgruppen und Versammlungen entstandenen inhaltlichen Debatten hervorgingen. War der Protest ursprünglich durch die Protestcamps gekennzeichnet, so haben sich im Zuge der Verlagerung zu periodischen Versammlungen in Stadtvierteln, der Organisation großer Demonstrationen sowie im Vorfeld der Parlamentswahlen des 20. November 2011 Veränderungen ergeben, welche auf eine sukzessive Ausweitung der Forderungen und Projekte hinauslaufen, so dass eine kurze Chronologie hilfreich ist.

Bei aller Spontaneität und Improvisation der Ereignisse ab dem 15. Mai, eine derart öffentlichkeitswirksame Bewegung fällt selbstverständlich nicht vom Himmel. Spätestens die seit Mai 2010 gefällten wirtschaftspolitischen Entscheidungen schufen den Nährboden für eine Reihe neuer Protestformen und -bewegungen, die sich gegen die Strategien zur Krisenbewältigung richten (Abelán 2012). Hierzu zählen unter anderem Plattformen wie *Estado del Malestar* (Unwohlfahrtsstaat), *Anonymous*, *Juventud sin Futuro* (Jugend ohne Zukunft), *No les votes* (Wähle Sie nicht!) oder *Democracia Real Ya!* (Echte Demokratie Jetzt!). Diese Plattformen unterscheiden sich von den traditionellen, im sozialen Konflikt tätigen politischen Akteuren wie z.B. den Gewerkschaften, da sie sich aus Aktivisten mit geringer politischer Erfahrung zusammensetzen und einen neuen, befreienden Diskurs entwerfen, der die politischen und wirtschaftlichen Eliten als Schuldige der Wirtschaftskrise brandmarkt. Obwohl einige Aktivisten Mitglieder traditioneller linker Kollektive und Parteien sind, vermieden die neuen Plattformen jegliche Beziehung zu den politischen Institutionen und hielten sich von partei- oder gewerkschaftspolitischen Organisationen fern. Zur Verbreitung von Demonstrationsaufrufen wurden das Internet und die sozialen Netzwerke als

zentrale Kommunikationskanäle benutzt. Dabei deckten die Aktionsformen ein breites Spektrum ab, das von dem durch Anonymous betriebenen Netzaktivismus über wöchentliche, von *Estado de Malestar* einberufene Versammlungen auf einem zentralen öffentlichen Platz bis zu mehreren von *Juventud sin Futuro* organisierten Demonstrationen reichte. Schon zu diesem Zeitpunkt besaßen die meisten Plattformen eine wachsende Präsenz in vielen spanischen Städten, blieben von der Mehrheitsgesellschaft aber weitgehend unbemerkt. Der Zusammenschluss mehrerer dieser Akteure brachte dann die Organisation einer Demonstration in 50 Städten hervor, mit dem Motto: „Echte Demokratie Jetzt! – Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankiers.“ Das Ziel dieser Demonstration lag auch darin, ganz im Sinne klassischer sozialer Bewegungen, eine sich bietende politische Gelegenheit auszunutzen (Kigdom 1995; Tarrow 1998) – nämlich die Kommunal- und Regionalwahlen, die für den 22. Mai 2011 angesetzt waren<sup>8</sup>, wohlwissend, dass sich während der heißen Phase des Wahlkampfes eine größere gesellschaftliche Politisierung ereignet und die Öffentlichkeit sensibler auf Proteste reagiert. Tatsächlich übertraf die Beteiligung am Nachmittag des 15. Mai in vielen Städten selbst optimistische Erwartungen bei weitem.

Inspiziert von der Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo entschieden sich einige Demonstranten in der Nacht vom 15. auf den 16. Mai, auf dem Platz der *Puerta del Sol*, Endpunkt des abendlichen Demonstrationszuges, zu kampieren und den Protest auf wenig orthodoxe Weise weiterzuführen. Diese kleine Gruppe von einigen Dutzend Aktivisten war es, welche der Bewegung zu einem kohärenten Gründungsmythos verhalf, diese als politischen Akteur etablierte und so das politische Szenario veränderte. Nur einen Tag später, im Anschluss an die Zwangsräumung der ersten Zelte an der *Puerta del Sol*, weiteten sich die Protestcamps auf mehr als 50 Städte aus. Diese entwickelten sich binnen weniger Tage in Orte intensiver politischer Debatten, in denen in unzähligen, von wahren Menschenmengen besuchten Versammlungen eine enorme Bandbreite politischer, sozialer und ökonomischer Themen verhandelt wurde. Die Versammlungen entwickelten sich also zum grundlegenden Pfeiler der Protestcamps, wobei sowohl die Organisation als auch die Entscheidungsfindung in den Versammlungen ohne individuelle Führung auskam und die Partizipation so inklusiv wie möglich gestaltet wurde.

Während der ersten Wochen näherten sich tausende Sympathisanten den Aktivisten der Protestcamps an, um ihre Unterstützung zu signalisieren, Meinungen auszutauschen und teils selbst als Aktivisten teilzunehmen. Dabei handelte es sich

---

8 Im spanischen Wahlkalender finden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle Kommunalwahlen sowie die Wahlen zu den Parlamenten von 13 der 17 mit den deutschen Bundesländern vergleichbaren *Comunidades Autónomas* am gleichen Tag statt, was die Lokal- und Regionalwahlen zum zweitwichtigsten Wahltermin macht.

um einen breiten Ausschnitt aus der spanischen Gesellschaft, von Familien mit Kindern über Rentner bis hin zu Studenten und Arbeitern, die der Bewegung so eine weit gefächerte Identität vielschichtiger sozialer Subjekte verliehen. Obwohl die Aktivitäten in jeder Stadt unterschiedlich organisiert wurden, lässt sich eine Strukturierung der Zeltlager in vielfältige Arbeitsgruppen und Kommissionen festhalten, in deren Versammlungen die politischen Debatten erfolgten. Darüber hinaus existierten organisatorische Kommissionen (Verpflegung, Logistik, Sauberkeit) sowie andere, die sich mit der Diffusion, der internen und externen Kommunikation oder Rechtsfragen beschäftigten. Die Generalversammlung war das Organ, in dem die zentralen Diskussionen abgehalten und Entscheidungen getroffen wurden. Auf der Basis der während der Demonstration des 15. Mai abgehaltenen Ansprache konzentrierten und erweiterten die Protestcamps ihre Kritik am politischen System. Wenngleich unter den Aktivisten eine Vielfalt anderer Sensibilitäten und radikalere Perspektiven verhandelt wurden, setzten sich grundlegende Diskurse durch, in denen konkrete politische Veränderungen (z.B. eine Revision des Wahlgesetzes, die Etablierung von Mechanismen der Bürgerbeteiligung) sowie wirtschaftspolitische Modifikationen (z.B. die Umverteilung des Reichtums sowie der Kosten der Wirtschaftskrise) eingefordert wurden. Exemplarisch für diese Phase ist z.B. die Blockierung aller Zugänge zum katalonischen Parlament am 15. Juni durch Aktivisten, mit der die Verabschiedung des nächsten, auf die Reduzierung der sozialen Dienstleistungen abzielenden Sparpakets verhindert werden sollte – eine ganze Reihe von Abgeordneten mussten per Hubschrauber ein- und ausgeflogen werden.

Am 19. Juni organisierte die Bewegung dann mittels der frisch gegründeten Stadtteilversammlungen landesweite Großdemonstrationen unter dem Motto: „Nein zum Euro-Pakt: Eure Krise zahlen wir nicht!“ Dieses Datum markierte einen Wendepunkt, da nun sukzessive die Protestcamps auf den zentralen Stadtplätzen abgebaut und die politischen Aktivitäten in die Stadtteilversammlungen verlagert wurden. Gleichzeitig ging mit diesem Strategiewechsel auch eine Dynamisierung der Bewegung einher, und zwar sowohl thematisch (anhand einer zunehmenden Konzentration auf wirtschaftliche Themen) als auch organisatorisch (mit der geographischen Dispersion der Proteste). In den Sommermonaten fanden praktisch tägliche Demonstrationen und Aktionen statt, die mehrfach eine scharfe Repression durch die Polizei hervorriefen. Unter anderem sind hierbei die Aktionen zum Stop von Zwangsräumungen, die im Juli erfolgenden *marchas indignadas*<sup>9</sup>, die Demonstrationen gegen die massive Subventionierung des Welt-

---

9 Die *marchas indignadas* waren wochenlange Protestmärsche, die von allen größeren spanischen Städten als Sternmarsch nach Madrid führten, wobei unterwegs hunderte Versammlungen in Dörfern und Kleinstädten organisiert wurden. Der am 23. Juli in

jugendtages in Madrid bei gleichzeitig von der Regionalregierung angekündigten tiefen finanziellen Einschnitten im Bildungssektor oder die Mobilisierung gegen die im September mittels einer Verfassungsänderung eingeführte Begrenzung des öffentlichen Defizits zu nennen.

Schließlich setzte mit den weltweiten Demonstrationen am 15. Oktober 2011 eine neue Dimension ein, welche von der Internationalisierung der Bewegung geprägt ist. Den vom *movimiento 15-M* in Zusammenarbeit mit einer ganzen Reihe von nahestehenden Plattformen unter dem Motto „Vereinigt für einen weltweiten Wandel“ einberufenen Demonstrationen folgten in 82 Ländern und 950 Städten viele Millionen Menschen, von Santiago de Chile über New York bis nach London, Paris, Berlin oder Rom – in Spanien trieb es alleine in Madrid und Barcelona jeweils mehr als eine halbe Million Bürger auf die Straßen. Die Internationalisierung wurde durch die Entstehung der *Occupy Wall Street*-Bewegung gefestigt, die zwar eine numerisch wesentlich geringere Unterstützung als in Madrid oder Barcelona erfuhr, medial aber vor allem in Deutschland wesentlich präsenter war als die spanischen Proteste.

Im Anschluss an die Demonstrationen des 15. Oktober trat das *movimiento 15-M* in eine Phase ein, die durch die Schärfung des politischen Profils, d.h. der Ziele und Forderungen, gekennzeichnet ist. Die Bewegung konzentriert sich nun auf konkrete Forderungen, unter denen das Recht auf eine Wohnung als ein besonders medienwirksames Element besticht. Nach den Protesten des 15. Oktober wurden zunächst zwei Häuser in Madrid und Barcelona besetzt, mit dem Ziel, von Zwangsräumungen betroffenen Individuen und Familien eine Unterkunft zu gewährleisten und während der Wintermonate den Kommissionen eine Möglichkeit zur Nutzung von Arbeits- und Versammlungsräumen zu geben. In den folgenden Wochen vervielfachten sich die Hausbesetzungen, und zwar sowohl in Madrid und Barcelona als auch in Städten wie Sevilla, Granada, Cádiz oder Oviedo. Und auch der alltägliche Kampf gegen die Zwangsräumungen geht mittels der Zusammenarbeit zwischen der Plattform der betroffenen Hypothekenschuldner (*Plataforma de Afectados por la Hipoteca*), dem *movimiento 15-M*<sup>10</sup> und einer Gruppe von Beratern in Wohnungsfragen weiter<sup>11</sup>. Diese hat die Konsolidierung

---

Madrid ankommende Sternmarsch besaß das Leitmotiv „Es ist keine Krise – es ist das System“ und mündete in zwei neue Protestcamps – an der *Puerta del Sol* sowie an der zentralen Museumsmeile *Paseo del Prado*.

10 Viele Stadtteilversammlungen haben spezifische Kommissionen gegründet, in denen Fragen zu Wohnungen und Immobilien erörtert werden. Diese Arbeitsgruppen koordinieren auch die Proteste und Aktivitäten, um konkrete Zwangsentlegungen zu verhindern.

11 Hierbei sticht das Wohnungsbüro in Madrid hervor, das nach der Besetzung eines leer stehenden Hotels gegründet wurde. Das Wohnungsbüro berät von Zwangsräumungen



eines weit reichenden Solidaritäts- und Unterstützungsnetzwerkes befördert, das permanente Aktionen gegen Zwangsräumungen koordiniert, die Besetzung von leer stehenden Häusern im Besitz von Banken und Immobiliengesellschaften organisiert und so die Umquartierung von enteigneten Familien vorbereitet. Gleichzeitig wird durch innovative PR-Maßnahmen eine gesellschaftliche Debatte zur Lösung der Wohnungsfrage, zum Stopp von Zwangsenteignungen, zu einer rückwirkend in Kraft tretenden gesetzlichen Änderung von Kreditverträgen oder zur Straffreiheit von Hausbesetzungen in Gang gebracht.

### 3. Eine theoretische Annäherung an die Bewegung des 15. Mai: „Lo llaman democracia y no lo es“

Eine der während der unzähligen Demonstrationen und Versammlungen der Bewegung des 15. Mai am häufigsten gerufenen Parolen lautet sinngemäß übersetzt: „Sie nennen es Demokratie – und das ist es nicht!“. Die zentrale Plattform, die zu der namensgebenden Demonstration am 15. Mai aufrief, nennt sich „Echte Demokratie jetzt!“. Und an dieser Stelle könnte eine Vielzahl von Anekdoten aufgeführt werden, wie der Begriff ‘Demokratie’ ins Zentrum des Diskurses des *movimiento 15-M* gerückt wurde. Drei zentrale Komponenten der Bewegung waren: die anti-neoliberale und damit gegen-hegemoniale Komponente wirtschaftspolitischer Forderungen; die neuartige Nutzung und Politisierung des öffentlichen Raums für das Szenario der Mobilisierungen und als territorialisierter Referenzrahmen einer radikalen Demokratie; sowie die Umdeutung des Konzepts der ‘Demokratie’. Dieses dritte Element verwandelt die Bewegung in eine einzigartige und in Spanien neuartige politische Erfahrung, die Einzug in das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung findet und so das Mobilisierungspotenzial in erheblichem Maße steigert. Der diskursive Bezug zur ‘Demokratie’ ist dabei von der Ablehnung der regierenden politischen Eliten geprägt, deren öffentliches Bild schon vor dem Ausbruch der Proteste in erheblicher Weise ramponiert war. Dieser Diskurs strebt jedoch keinen offenen Bruch mit den demokratischen gesellschaftlichen Werten an. Er präsentiert das ‘Volk’ als soziales Subjekt und Träger dieser Werte – im Gegensatz zur politische Klasse, die sich jene widerrechtlich angeeignet und sie dann zweckentfremdet hat. So wird ein inhaltlich vages Konzept mit einer starken sozialen Legitimation verbunden und zudem als gewünschter politischer Horizont und universelles Gesellschaftsprojekt

---

betroffene Bürger in rechtlichen Fragen und ermöglicht ihre Umsiedlung in besetzte Häuser.

konstruiert – den Eliten wird hingegen der Verrat an jedwedem Projekt dieser Art vorgeworfen.

Diese These lässt sich auch seitens der an der modernen Demokratie interessierten politischen Theorie nachzeichnen, und zwar anhand der konfliktiven Beziehung zwischen Demokratie und Rechtsstaat. Während sich die Demokratie auf eigenständige, durch die Ausübung des Wahlrechts legitimierte Mehrheiten stützt, ist der Rechtsstaat eine liberale Institution, die in Konflikte mit dem Volk geraten kann (Del Águila 1995, Dahl 1992). Diese Spannung kann nur in konkreten Momenten, d.h. im Feld der Politik gelöst werden, und zwar dann, wenn sich im Handeln sozialer Mehrheiten eine weitere Spannung zwischen 'Legalität' und 'Legitimität' aufbaut. In genau diesen Zusammenhang schrieben sich die Ereignisse der ersten Welle der Mobilisierungen des *movimiento 15-M* ein, nämlich als die Protestcamps und Demonstrationen auf den geographisch und symbolisch zentralen Plätzen von verschiedenen Staatsorganen wiederholt als 'illegal' bezeichnet wurden. Die Größe der Versammlungen machte es der Staatsmacht jedoch unmöglich, Polizeigewalt gegen die Demonstranten anzuwenden.

Obwohl die Proteste die geltenden Gesetze nicht nur hinterfragen, sondern bei einer Reihe von Gelegenheiten auch bewusst überschreiten, gelingt es selbst den konservativen Medien nicht, die Bewegung als 'undemokratisch' darzustellen. Dies misslingt, obwohl in vielen anderen politischen Debatten der jeweilige Opponent als 'undemokratisch' bezeichnet wird, um ihn zu diskreditieren – eine Taktik, die grundsätzlich aus zwei Beweggründen verfolgt wird: Einerseits weil im politischen Feld (zumindest im öffentlichen Diskurs der westeuropäischen Staaten) keine Positionen existieren, die sich selbst als undemokratisch definieren. Eine derartige Situation, in der sich selbst im direkten Schlagabtausch um die politische Macht alle Akteure als Demokraten betrachten und dies zur Akzeptanz ihrer Vorschläge auch tun müssen, verweist auf den hegemonialen Charakter der Demokratie (Agamben 2010). Nur wer nachweisen kann, dass seine politischen Vorschläge demokratischer Natur sind, existiert überhaupt in der Auseinandersetzung um die politische Macht und kann seine Vorschläge in Verhandlungen einbringen, um einen Konsens zu erlangen.

Da sich andererseits alle politischen Akteure als Teil der Demokratie verstehen, wird die Bedeutung des Terminus zusehends unbestimmt – wengleich dies nicht bedeutet, dass eine demokratisch verfasste Gesellschaft etwas Beliebiges sei. Eine ganze Reihe von Verfahren, Institutionen und Mechanismen sind mit der Demokratie als Regierungstechnik eng verbunden. Aber es existiert auch eine andere Bedeutung der Demokratie, als ein erwünschtes politisches Regime, das in der kollektiven Vorstellung wirkt und nur diffus umrissen werden kann. In genau dieser Hinsicht erfreut sich die Demokratie einer eisernen Gesund-

heit, während es ihr in konkreten Aspekten oft bedeutend schwerer fällt, sich zu legitimieren. Mit anderen Worten, der gesunde Menschenverstand stimmt der Demokratie als politischem Regime zu, aber nicht notwendigerweise den konkreten, von den regierenden Politikern ausgearbeiteten Politiken. Deshalb wird den durch die Proteste des 15. Mai in Umlauf gebrachten Argumenten eine sofortige Eingliederung in den öffentlichen Diskurs zuteil; zudem fügen sie sich in eine existierende politische Gelegenheitsstruktur ein. Ohne das grundlegende Konzept, um das sich die Gesellschaft dreht, in Frage zu stellen, geschweige denn dieses zu diskreditieren, führen die Proteste zur Erosion der gouvernementalen Dispositive, und zwar mittels der Aussage, alle seien Demokraten außer diejenigen, welche die demokratische Repräsentativität zur Schau stellen.

Die Demokratie verwandelt sich demnach in einen 'flottierenden' oder 'gleitenden' Signifikanten (Laclau 2000: 297), d.h. einen Signifikanten voller symbolischer Legitimität, dessen Bedeutung aber in der kollektiven Vorstellung nicht klar und eindeutig definiert ist. Der vom *movimiento 15-M* mit der Aussage, die Demokratie sei nicht nur ein wünschenswertes System, sondern sollte intensiviert und vertieft werden, angestoßene politische Prozess beinhaltet auch eine neue Bedeutungszuschreibung für die Demokratie. Denn der vorgetragene Diskurs thematisiert das grundlegende Problem der leitenden politischen Eliten: Da sie vom Volk gewählt wurden, um die Interessen der Bevölkerung zu vertreten (da es sich hier um einen weiteren leeren oder sinnentleerten Signifikanten handelt, spielt es an dieser Stelle keine Rolle, was diese Interessen eigentlich sind), aber tatsächlich für die Interessen der ökonomischen Eliten sowie die Interessen anderer Staaten eintreten, haben sie an politischer Legitimation verloren.

Das vom *movimiento 15-M* verfochtene demokratische Modell beinhaltet auch den Rekurs auf ausgewählte zivilgesellschaftliche Rechte, die diskursiv als mit der Demokratie untrennbar verknüpft vermittelt werden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Nutzung des öffentlichen Raums als konkreten Ort der Deliberation und der politischen Willensbildung, die Einbindung der öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Rechte als Teil des demokratischen Grundverständnisses, die Wiedereroberung des Gemeinsinns und seine permanente Kontrastierung mit individualistischen Diskursen sowie die Forderung nach einer stärkeren gesellschaftlichen Umverteilung der Kapitaleinkommen. Im so definierten Signifikanten 'Demokratie' taucht demnach eine ganze Reihe von neuen Inhalten auf, die in der 'real' existierenden Demokratie keine Berücksichtigung finden. Gleichzeitig ermöglichen die aufgeworfenen Konzepte, die strategische Auseinandersetzung um die symbolische Aufladung des Signifikanten Demokratie mit spezifischen Inhalten zu verbinden, die einen dezidiert anti-neoliberalen und damit gegen-hegemonialen Charakter besitzen. Dieses partikulare, aber gesellschaftlich relevante Verständnis einer demokratischen

Staatsbürgerschaft gibt der Bewegung einen spezifischen Charakterzug mit doppeltem Sinngehalt:

Einerseits präsentiert die Bewegung des 15. Mai einen Diskurs, der im Sinne Thomas H. Marshalls (1992) die im Zuge Wirtschaftskrise erodierten sozialen Rechte als substanziellen Teil der Staatsbürgerschaft interpretiert. Die politische Forderung nach einer stärkeren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die teils reaktive Verteidigung, teils proaktive Vertiefung der sozialen Rechte wurde neu im kollektiven Bewusstsein verankert. Andererseits taucht eine Begriffsdeutung von Staatsbürgerschaft auf, die sich weniger auf den Status anerkannter Rechte, sondern auf die Eroberung dieser im politischen Streit bezieht (Isin 2009; Tamayo 2006). Dieser Sinngehalt schreibt sich permanent in die Praktiken, den anti-neoliberalen Diskurs sowie die politischen Prinzipien der Bewegung ein, aber auf eine spezifische Art und Weise. Während Bestrebungen zur Rettung der öffentlichen Bildung und des staatlichen Gesundheitssystems oder die Forderungen nach einer Reform des Wahlgesetzes sich an das klassische Repertoire sozialer Bewegungen anlehnen, besteht eine ganze Reihe von Rechten, die vom *movimiento* explizit eher an sich gerissen denn eingefordert wurden. So wurde das Recht zur Besitznahme des öffentlichen Raums unilateral als alltägliche Praxis etabliert. Ähnliches geschieht mit den seit Oktober erfolgenden Hausbesetzungen, die einen Widerspruch zum Privatbesitz aufbauen, aber gesellschaftlich und medial legitimiert werden. Solche erdrutschartigen Verschiebungen der gesellschaftlichen Anerkennung neuer sozialer Praktiken konnten nur im Rahmen der erfolgreichen Anfechtung des politischen 'Regimes' durch die massive Mobilisierung möglich werden, welche die existierende demokratische Ordnung hinterfragt und 'mehr' Demokratie einfordert. Der Diskurs und die Strategien der Bewegung haben also ein nominal demokratisches System mit Praktiken der partizipativen Demokratie regelrecht geflutet. In diesem Sinn deckt sich der von der Bewegung verwendete Begriff von Demokratie mit der von Rancière (2012) etablierten Bedeutung 'politischer Momente', in der Demokratie dann praktiziert wird, wenn Konflikte und Antagonismen ausgelebt und die Möglichkeit des Bruchs mit der etablierten Ordnung thematisiert wird, um so den herrschenden gesellschaftlichen Konsens zu verschieben.

#### 4. Schlussfolgerungen

Die Bewegung des 15. Mai hat sich während der vergangenen Monate zu einem klar umrissenen sozialen und politischen Akteur der spanischen Öffentlichkeit entwickelt. Ihre öffentliche Inszenierung durch Protestcamps und landesweite Demonstrationen, ein auf die Verteidigung des Sozialstaates abzielender und die

politischen und wirtschaftlichen Eliten kritisierender Diskurs sowie die Abkehr von Parteien und Gewerkschaften haben ihr einen spezifischen und klar definierten Charakter verliehen. Diese Distanz ist eine Konstante, die sich im Laufe der Proteste zementiert hat und auch den zunehmenden Annäherungsversuchen der progressiven politischen Kräfte sowie der beiden großen Gewerkschaftsbewegungen widersteht. In zahlreichen Versammlungen werden Aktivisten immer wieder darauf hingewiesen, dass sie stets als Person sprechen, nicht als Vertreter von Parteien oder Gewerkschaften, auch wenn sie Mitglieder dieser sind. Auch aufgrund dieser Unabhängigkeit hat sich die Bewegung des 15. Mai zum wichtigsten Weg der Kanalisierung des in Anbetracht der unzureichenden Lösungsvorschläge der politischen und wirtschaftlichen Eliten wachsenden sozialen Unbehagens entwickelt.

Die Protestbewegung fließt zunehmend mit anderen Plattformen und politischen Subjekten zusammen und dient als Einfassung von neuen sozialen Kämpfen und befördert die Erneuerung und Aktualisierung bestehender Auseinandersetzungen, z.B. in der Solidarität mit 'irregulären' Migranten. In erster Linie aber verankert die Bewegung des 15. Mai das 'Soziale' als Priorität in der spanischen Öffentlichkeit. Nach den Jahren des von 1994 bis 2007 andauernden wirtschaftlichen Booms sind mit der Krise die vielfältigen und zuvor nur vage übertünchten sozialen Probleme wieder in den Mittelpunkt gerückt, und Fragen nach der zukünftigen Wirtschaftspolitik bestimmen nunmehr die politischen Debatten. In dieser Hinsicht hat der Protest des *15-M* eine Politisierung sozialer Bedürfnisse erreicht, die bislang in der Privatsphäre gelöst und verhandelt wurden. Durch seine Präsenz im öffentlichen Raum und seinen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben sich zumindest ansatzweise *private soziale Bedürfnisse* in *kollektive politische Forderungen* verwandelt, mit der Konsequenz, dass die sozialen Rechte im Kontext grundlegender Verschlechterungen des Lebensstandards bedeutender Teile der Gesellschaft einen neuen und innovativ agierenden Fürsprecher gefunden haben.

Dem *movimiento 15-M* gelang es in kurzer Zeit eindrucksvoll, in die politische Szene einzudringen. Dies lässt sich durch die Attraktivität seiner Forderungen erklären, sowie durch seine Fähigkeit, diese unter dem Rekurs auf intelligente diskursive Strategien im *common sense* zu verankern. Hierunter fällt die systematische Verbindung sozialer und wirtschaftlicher Forderungen, welche den Bruch mit dem neoliberalen Zyklus verkörpern, mit einem Diskurs der demokratischen und zivilgesellschaftlichen Regenerierung eines seit Jahrzehnten unzureichend legitimierten politischen Systems.

Die Ergebnisse der am 20. November erfolgten Parlamentswahlen stellen jedoch einen Bruch der bis dahin anhaltenden Erfolgsgeschichte der Bewegung dar, was sich zurzeit insbesondere an einer sinkenden Mobilisierungskraft und

Teilnehmerzahl in den Stadtteilversammlungen niederschlägt. Obwohl die neue konservative Regierung bereits erste tiefgreifende soziale Einschnitte beschlossen hat, erschwert es die aus den Wahlen hervorgegangene absolute Parlamentsmehrheit sowie die einer neuen Regierung zugestandenen Karenzzeit dem *movimiento 15-M* momentan noch, die Frage der Legitimierung erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Der im Zuge der sich erneut vertiefenden Wirtschaftskrise bevorstehende soziale Kahlschlag lässt jedoch erwarten, dass die im Jahr 2011 erfolgten Proteste den Beginn einer längeren Periode sozialer Konflikte markieren. Ob diese aus der Bewegung des 15. Mai hervorgehen oder sich auf andere Signifikanten berufen werden, ist zurzeit noch nicht absehbar. Aus den Versammlungen des Jahres 2011 ist aber ein dichtes Netzwerk von Kommunikationsstrukturen entstanden, deren Aktivierung jederzeit möglich erscheint. Ebenso haben sich Kommunikationsformen, die an die Bewegung anschließen und im Gemeinsinn den Streit um die Bedeutung politischer Konzepte wie der Demokratie oder der Staatsbürgerschaft verankert haben, gesellschaftlich etabliert. Die grundlegende politische Herausforderung besteht dabei auch im Kampf um die Deutungshoheit des Begriffs der Demokratie, d.h. darin, den Konsens 'gegen' die Verwaltung der Demokratie durch die politischen Eliten in einen Konsens 'für' ein partizipatives und basisdemokratisches Modell zu verwandeln. Hierbei stellt sich nun die Frage, ob die Bewegung in der Lage sein wird, 'ihr' Modell von Demokratie in 'das' Modell von Demokratie zu verwandeln, und 'ihre' kollektive Identitätskonstruktion, d.h., die Bildung einer aus den 99 Prozent der Gesellschaft bestehenden Gemeinschaft, die sich mit den Interessenvertretern der sozialen Eliten konfrontiert sehen, in 'die' kollektive Identitätskonstruktion gesellschaftlicher Mehrheiten zu verwandeln.

*Übersetzung aus dem Spanischen von Michael Janoschka*

## Literatur

- Abellán, Jacobo (2012, i.Dr.): De la indignación en la red a la acción en la calle. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Agamben, Giorgio (2010): Notas preliminares sobre el concepto de democracia. – et al. (Hrsg.): *Democracia en suspenso*. Casus Belli: Madrid.
- Castells, Manuel (2009): *Communication power*. Oxford University Press: Oxford.
- Dahl, Robert (1992 [1971]): *La poliarquia: participación y oposición*. Tecnos: Madrid.
- Del Águila, Rafael (1995): El centauro transmoderno: liberalismo y democracia en la democracia liberal. Vallespín, Fernando (Hrsg.): *Historia de la teoría política*. Alianza, Madrid.
- Espinar, Ramón (2012, i.Dr.): El espacio público como escenario de la pugna por la legitimidad democrática: el caso del debate alternativo sobre el Estado de la Nación en el Movimiento 15-M. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Isin, Engin F. (2009): Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity* 29: 367-388.

- Janoschka, Michael (2009): *Konstruktion europäischer Identitäten in räumlich-politischen Konfikten*. Steiner-Verlag: Stuttgart.
- (2012, i.Dr.): Migration geographies of the #spanishrevolution: Cracking capitalism through acts of citizenship and politics of place. *ACME – An International E-Journal for Critical Geographies* 11(1).
- Kingdom, John W. (1995): *Agenda, alternatives and Public Policies*. Addison Wesley Longman: New York.
- Laclau, Ernesto (2000): *Construyendo la universalidad*. Butler, Judith; Laclau, Ernesto; Zizek, Slavoj: *Contingencia, hegemonía, universalidad*, Fondo de Cultura Económica, Buenos Aires.
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Übersetzt von Elmar Rieger. Campus, Frankfurt am Main 1992.
- Rancière, Jacques (2012): *Momentos políticos. Capital Intelectual*: Madrid
- Rodríguez, Emmanuel; López, Isidro (2011): *Fin de ciclo. Financiarización, territorio y sociedad de propietarios en la onda larga del capitalismo hispano (1959-2010)*. Traficantes de sueños, Madrid.
- Tamayo, Sergio (2006): Espacios de ciudadanía, espacios de conflicto. *Sociológica* 61:11-40.
- Tarrow, Sidney (2004): *El poder en movimiento*. Alianza editorial: Madrid.

## VSA: Krisen & Bewusstseinsformen



152 Seiten | € 12.80  
ISBN 978-3-89965-453-0  
Eine Analyse von Interviews  
mit Krisen-Betroffenen.



240 Seiten | € 19.80  
ISBN 978-3-89965-511-7  
Zehn hochaktuelle Länderfall-  
studien zu Krisenverläufen.



Harveys Untersuchung von  
Kapitalakkumulation und  
Revoluten in den Städten.  
Sozialismus-Supplement  
2/2012 | 44 Seiten | € 4.20  
ISBN 978-3-89965-965-8

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik

# Große Köpfe für große Fragen

Jürgen **Habermas** · Saskia **Sassen**

Peter **Bofinger** · Seyla **Benhabib**

Jens **Reich** · Katajun **Amirpur**

Norman **Birnbaum** · Micha **Brumlik**

Rudolf **Hickel** · Claus **Leggewie**

Friedrich **Schorlemmer**

Dies sind nur 11 von 22 Herausgebern der »Blätter«.

Lernen Sie auch die anderen kennen –  
und viele weitere kluge Köpfe.

Die »Blätter« – Monat für Monat 128 Seiten mit Biss.



Bestellen Sie ein Probeabo: Zwei Monate für nur 10 Euro  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de) | [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de) | 030/3088-3644